

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 20/798/2009

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreistag	25.03.2009	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Haushaltssatzung nebst Anlagen des Rhein-Kreises Neuss für das Haushaltsjahr 2009

Sachverhalt:

Wie in der Niederschrift der Sitzung des Finanzausschusses am 09.03.2009 (Seite 26) bereits erwähnt, ergeben sich im Bereich des Finanzausgleiches 2009 gegenüber der 2. Modellrechnung noch geringfügige Veränderungen. Zwischenzeitlich liegen die endgültigen Festsetzungen zum Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2009 der Verwaltung vor.

Folgende Positionen im Haushalt 2009 ändern sich nach der Beschlussfassung des Finanzausschusses.

Seite 667 Produkt 160 611 010 Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen

- Sachkonto 4111000 Schlüsselzuweisungen vom Land
Erhöhung des Ansatzes von 20.819.707 EUR um 22.804 EUR auf 20.842.511 EUR
- Sachkonto 4182000 Kreisumlage
Erhöhung des Ansatzes von 215.725.994 EUR um 12.183 EUR auf 215.738.177 EUR unter Beibehaltung des Umlagesatzes von 41,25 v.H.
- Sachkonto 5372000 Landschaftsumlage
Erhöhung des Ansatzes von 86.191.002 EUR um 8.296 EUR auf 86.199.298 EUR
Der Umlagesatz bleibt mit 15,85 v.H. unverändert.

Aus den vorgenannten Änderungen resultiert eine Verbesserung von insgesamt 26.691 EUR.

Der Finanzausschuss hat mit Beschluss Nr. FI/20090309/Ö5.2/40 beschlossen, zum Ausgleich des Ergebnisplanes die Ausgleichsrücklage um den Betrag von 3.802.933 EUR zu verringern. Durch die Verbesserung im Finanzausgleich reduziert sich die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage von 3.802.933 EUR um 26.691 EUR auf 3.776.242 EUR.

§ 4 der Haushaltssatzung muss demgemäß wie folgt festgesetzt werden:
„Die Verringerung der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich des Ergebnisplanes wird auf 3.776.242 EUR festgesetzt.“

Infolge der geänderten Umlagegrundlagen reduziert sich der Umlagesatz der Mehrbelastung Jugendamt gemäß § 6.3 der Haushaltssatzung 2009 von 13,968 v.H. um 0,001 v.H. auf 13,967 v.H.

Die geänderte Haushaltssatzung 2009 ist beigefügt.

Beschlussempfehlung:

Der Kreistag beschließt die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen des Rhein-Kreises Neuss für das Haushaltsjahr 2009 unter Berücksichtigung der Veränderungen aus den Haushaltsberatungen und den Änderungen aus der endgültigen Festsetzung im Finanzausgleich 2009 aufgrund des § 53 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der zurzeit gültigen Fassung (GV. NRW. S. 646/SGV. NRW. 2021) und der §§ 75 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der zurzeit gültigen Fassung (GV. NRW. S. 666/SGV. NRW. 2023).

HAUSHALTSSATZUNG

des Rhein-Kreises Neuss für das Haushaltsjahr 2009

Aufgrund des § 53 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 646/SGV. NRW. 2021) und der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch GO-Reformgesetz vom 20. September 2007 hat der Kreistag mit Beschluss vom 25. März 2009 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

1. Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr 2009, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält wird

im Ergebnisplan mit	
Gesamtbetrag der Erträge auf	351.698.761 EUR
Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	355.475.003 EUR

im Finanzplan mit	
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	351.084.318 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	346.564.218 EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	5.191.616 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	13.487.958EUR

festgesetzt.

2. Der **Wirtschaftsplan** des Kreiskrankenhauses Grevenbroich für das Wirtschaftsjahr 2009 wird

im Erfolgsplan mit	
den Erträgen auf	45.359.000 EUR
den Aufwendungen auf	45.359.000 EUR

im Vermögensplan mit	
den Einzahlungen auf	10.050.400 EUR
den Auszahlungen auf	10.050.400 EUR

festgesetzt.

3. Der **Wirtschaftsplan** des Kreiskrankenhauses Dormagen für das Wirtschaftsjahr 2009 wird
- | | |
|-----------------------------|----------------|
| im Erfolgsplan mit | |
| den Erträgen auf | 47.738.000 EUR |
| den Aufwendungen auf | 47.738.000 EUR |
| | |
| im Vermögensplan mit | |
| den Einzahlungen auf | 6.923.700 EUR |
| den Auszahlungen auf | 6.923.700 EUR |
- festgesetzt.

4. Der **Wirtschaftsplan** der Seniorenhäuser des Rhein-Kreises Neuss für das Wirtschaftsjahr 2009 wird
- | | |
|-----------------------------|---------------|
| im Erfolgsplan mit | |
| den Erträgen auf | 8.421.058 EUR |
| den Aufwendungen auf | 8.170.500 EUR |
| | |
| im Vermögensplan mit | |
| den Einzahlungen auf | 804.000 EUR |
| den Auszahlungen auf | 804.000 EUR |
- festgesetzt.

§ 2

1. Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf 1.145.861 EUR festgesetzt.
2. Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme für Investitionen im Vermögensplan des Kreiskrankenhauses Grevenbroich erforderlich ist, wird auf 8.550.000 EUR festgesetzt.
3. Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme für Investitionen im Vermögensplan des Kreiskrankenhauses Dormagen erforderlich ist, wird auf 4.458.000 EUR festgesetzt.
4. Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme für Investitionen im Vermögensplan der Seniorenhäuser des Rhein-Kreises Neuss erforderlich ist, wird auf 0 EUR festgesetzt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf 1.128.000 EUR festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der **Ausgleichsrücklage** zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf 3.776.242 EUR und

die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf 0 EUR festgesetzt.

§ 5

1. Der **Höchstbetrag der Kredite**, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 25.000.000 EUR festgesetzt.
2. Der **Höchstbetrag der Kredite**, die zur Liquiditätssicherung des Wirtschaftsplanes des Kreiskrankenhauses Grevenbroich in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 2.500.000 EUR festgesetzt.
3. Der **Höchstbetrag der Kredite**, die zur Liquiditätssicherung des Wirtschaftsplanes des Kreiskrankenhauses Dormagen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 2.500.000 EUR festgesetzt.
4. Der **Höchstbetrag der Kredite**, die zur Liquiditätssicherung des Wirtschaftsplanes der Seniorenhäuser des Rhein-Kreises Neuss in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 500.000 EUR festgesetzt.

§ 6

1. Zur Deckung der durch sonstige Erträge nicht gedeckten entstehenden Aufwendungen wird von den Gemeinden gemäß § 56 Abs. 1 und 2 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen eine **Kreisumlage** erhoben. Der Umlagesatz wird auf **41,25 v.H.** der für die Gemeinden geltenden Umlagegrundlagen festgesetzt.

Soweit sich die kreisangehörigen Gemeinden durch Satzungsregelung an den Nettoaufwendungen im Bereich des SGB II beteiligen, werden 22.754.975 EUR, das sind 4,35 v.H. der Umlagegrundlagen nicht erhoben. 50 % der Nettoaufwendungen werden nach der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften abgerechnet.

2. Zur Deckung der dem Rhein-Kreis Neuss durch den Betrieb der Kreisjugendmusikschule entstehenden nicht gedeckten Aufwendungen wird von den Entsendegemeinden eine **Mehrbelastung** nach § 56 Abs. 4 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen erhoben. Der Umlagesatz für die Mehrbelastung der für die Entsendegemeinden geltenden Umlagegrundlagen wird festgesetzt auf:

Stadt Grevenbroich	0,497 v.H.
Stadt Kaarst	0,432 v.H.
Stadt Korschenbroich	0,835 v.H.
Gemeinde Jüchen	0,227 v.H.
Gemeinde Rommerskirchen	0,466 v.H.

3. Zur Deckung der durch sonstige Erträge nicht gedeckten entstehenden Aufwendungen des **Jugendamtes** des Rhein-Kreises Neuss wird von den vom Kreis versorgten Gemeinden eine Mehrbelastung nach § 56 Abs. 5 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen erhoben. Der Umlagesatz für die Mehrbelastung wird auf **13,967 v.H.** der für die vom Kreis versorgten Gemeinden geltenden Umlagegrundlagen festgesetzt.

§ 7

Die Kreisumlage und die Mehrbelastungen sind mit je einem Zwölftel zum 15. eines jeden Monats zu zahlen. Erfolgt die Wertstellung der Zahlung nicht am Fälligkeitstag, werden Verzugszinsen in Höhe von 1,6 % jährlich für die ausstehenden Beträge erhoben.

Neuss/Grevenbroich, 25. März 2009

Dieter Patt
Landrat